



Wildbader

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Vertritt täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage, Verkaufspreis monatlich 1,40 RM, bei 100 Exemplaren 12,00 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Druckort: Wildbad. — Druckerei: Druckerei Wildbad. — Postamt: Wildbad. — Postfach: 201 74. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober oder unter dem Haupttitel 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinanzeigen 10 Pf. — Zusätze nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung der Preise werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlungspflicht weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Wismarstraße 237.

Nummer 4

Februar 179

Donnerstag, den 5. Januar 1928

Februar 179

63. Jahrgang

Die Landwirtschaft fordert Landkrantkassen

Der Landw. Hauptverband zum Gutachten Andre

Von der Landwirtschaftlichen Korrespondenz wird uns geschrieben:

Der Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern hat im Verein mit der Würt. Landwirtschaftskammer das von Regierungsrat Andre ausgearbeitete Gutachten zur Frage der Landkrantkassen, das zur Ablehnung ihrer Errichtung gekommen war, einer Bearbeitung unterzogen und seine Stellungnahme den zuständigen Stellen übermittelt.

Zunächst wird festgestellt, daß das Gutachten Andre teilweise von irrigen Voraussetzungen ausgeht, daß es den wesentlichen Kern der Frage unberücksichtigt läßt und daher vielfach zu unrichtigen Folgerungen kommen mußte. Der wirtschaftliche Aufbau Württembergs ist von Andre über das zulässige Maß hinaus als eigenartig und für die Einführung von Landkrantkassen hinderlich hingestellt worden. Ein Vergleich mit der Reichsstatistik ergibt dagegen, daß der Anteil der für die Beschäftigung von versicherungspflichtigen Personen hauptsächlich in Betracht kommenden mittleren Betriebe in Württemberg ungefähr derselbe ist wie im Reichsdurchschnitt. Die Behauptung, daß „mangelnde soziale Fürsorge“ ein wesentlicher Grund der Landflucht gewesen sei, muß nachdrücklich bestritten werden. Für die Landflucht spielten bei dem außerordentlichen Aufschwung der Industrie vor dem Krieg ganz andere Gründe (Höhe der Löhne, kürzere Arbeitszeit u. a. m.) eine entscheidende Rolle. Die in dem Gutachten Andre aus der Betriebsgrößen- und Berufsstatistik gezogenen Folgerungen werden als unrichtig bezeichnet und begründet.

Das Gutachten geht hinsichtlich des Stands der Volksgesundheit um den wichtigsten Punkt, die Frage des Versicherungswesens, herum. Diese ist jedoch für die Landwirtschaft ausschlaggebend. Es ist nicht anständig und vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus nicht zu billigen, wenn — zumal bei der jetzigen Notlage der Landwirtschaft — die gesundheitlich guten landwirtschaftlichen Risiken mit den schlechteren gewerblichen verschmolzen werden und dadurch eine ungerechte Belastung der bäuerlichen Bevölkerung entsteht. Das Gutachten beweist selbst, daß die Landwirtschaft nun schon 13 Jahre lang die bekannte, offen zugegebene „mißbräuchliche Ausnutzung der Ortskrantkassen seitens mancher Arbeitslosen mit hat tragen müssen“, obwohl ihr selbst der Begriff der Arbeitslosigkeit nahezu fremd ist. Inhaltlich ist die Behauptung, daß die Landkrantkassen bei gleichen Leistungen höhere Beiträge erheben müßten als die Ortskrantkassen. Selbst wenn die Ausgaben für den einzelnen Krankheitsfall bei den Landkrantkassen um 25 Prozent größer wären als bei den Ortskrantkassen, so wäre doch die Ausgabe, auf den Kopf des Versicherten gerechnet, nur Dreiviertel derjenigen bei den Ortskrantkassen.

Inbesondere wendet sich die Stellungnahme der landwirtschaftlichen Organisationen gegen die Heranziehung mehr oder minder willkürlich gewählter Beispiele der Verhältnisse bei anderen Kassen. So ist ein Vergleich mit Pommern völlig abwegig. Warum wurde nicht Brandenburg, warum nicht der so stark industriell durchsetzte Freistaat Sachsen zum Vergleich herangezogen? Ebenso dienen die Verhältnisse der Westprignitz wohl kaum zu einem Vergleich wie beispielsweise der Gesamtdurchschnitt im Reich. Ob eine Landkrantkasse (Kempen a. Rh.) gegenüber der dortigen Ortskrantkasse in einem Jahr besonders hohe Verwaltungskosten hatte, kann unmöglich von entscheidendem Einfluß für die Beurteilung württembergischer Verhältnisse sein.

Auf sehr schwachen Füßen stehen auch die Behauptungen der Ortskrantkasse Saulgau, die sich Andre zu eigen machte. Der dortigen Angabe, daß der Hundertfach des Aufwands an Krankenhilfe usw. für Versicherte einer Landkrantkasse ungleich höher sei als für gewerblich Versicherte, steht das Ergebnis der amtlichen Reichsstatistik anderslautend gegenüber, und zwar so, daß das Saulgauer Urteil hinfällig wird. Im übrigen kann die würt. Landwirtschaft irgend welche Rücksichten auf evtl. vermehrte Verwaltungsarbeit bei Kassen und Behörden unmöglich als Begründung dafür anerkennen, daß ihre Rechte beschnitten werden. Die Angabe der Ortskrantkasse Biberach in dem Gutachten, daß „eine genaue Auscheidung der Kosten zwischen den Versicherten von Biberach-Stadt und Land nicht möglich gewesen sei“, berechtigt zu der Forderung der Landwirtschaft, keine völlig ungenügenden Beispiele und Behauptungen ohne Beweise als stichhaltig hinnehmen zu müssen.

Daß die Behauptung höherer Kosten infolge der Begehrter für Ärzte bei den Landkrantkassen als bei den Ortskrantkassen unrichtig ist, wird an Hand der amtlichen Statistik bewiesen. Das Krankengeld, auf den Kopf des Versicherten gerechnet, beträgt bei den Landkrantkassen nur ein Sechstel bis ein Drittel desjenigen der

Tagespiegel

Die Steuerverwaltung von Thüringen geht nach der „D. Tagesztg.“ ab 1. April ds. Js. auf das Reichsfinanzministerium über. — Die unbedenkliche Bewilligungsbefreiung des Landtags hat bekanntlich die Finanzen Thüringens durch einen hohen Fehlbetrag vollständig in Unordnung gebracht.

Die Schwester des Herzogs Joachim Ernst von Anhalt, Freiin Marie Auguste von Coen, verwitwete Prinzessin Joachim von Preußen, sowie sein Bruder, Prinz Eugen von Anhalt, haben gegen den Herzog den Antrag auf Entmündigung gestellt. Es scheint sich um Antragsfreistellungen zu handeln. Der Herzog hat sich bekanntlich im vorigen Jahr mit einer Leipziger Schauspielerin verheiratet.

Senatspräsident Niedner beim Reichsgericht tritt mit dem 31. Januar in den Ruhestand. Niedner ist durch viele politische Prozesse, die er zu leiten hatte, bekannt geworden.

Ortskrantkassen. Eine genaue Nachprüfung der in dem Gutachten oft wiederholten Behauptung, daß in den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 420, 421, 422 der Reichsversicherungsordnung die eigentliche Ursache für die geringen Leistungen der Landkrantkassen hinsichtlich des Krankengelds liege, hat die Unhaltbarkeit dieser Behauptung ergeben. In ganz Mitteldeutschland und in den westlichen Landesteilen, die durchweg Landkrantkassen haben, kommt die Anwendung des § 420 überhaupt kaum vor. Damit ist eine Hauptstütze des Gutachtens gefallen.

Hinsichtlich der Einstellung der Arbeiterschaft zu den Landkrantkassen wird darauf hingewiesen, daß die Landkrantkassen für die Landarbeiter eine Vermehrung ihres Einflusses mit sich bringen, denn im Vorstand und Ausschuss der Landkrantkassen sind diese mit zwei Drittel der Stimmen vertreten. Die Lohnhöhe in der würt. Landwirtschaft bedeutet für die Landkrantkassen nur einen günstigen Faktor ihrer Leistungsfähigkeit. Die durchschnittlichen jährlichen Beiträge dürften nur RM. 48.— entgegen den von Biberach-Land errechneten heutigen Beiträgen zur Ortskrantkasse von RM. 58.— betragen. Derartige Ersparnisse pro Mitglied und Jahr haben auch heute schon bei der Notlage der Landwirtschaft einen sehr erheblichen Wert.

Insgesamt betont die Stellungnahme der landw. Organisationen die Forderung der Beseitigung des Sperrparagraphen des würt. Landtags als die dringlichste von Gerechtigkeitsgefühl diktierte Notwendigkeit. Für eine etwaige Einrichtung von Landkrantkassen könnten alsdann die in dem Gutachten dargelegten Gesichtspunkte, soweit sie sich als stichhaltig erweisen, berücksichtigt werden.

Neueste Nachrichten

Die Entschädigung für unschuldig erlittene Unterforschungshaft

Berlin, 4. Jan. In einer Reichstagsdrucksache über die Frage der Entschädigung für unschuldig erlittene Unterforschungshaft wird den Blättern mitgeteilt, daß die Entschädigungen sehr verschieden ausfallen können, je nachdem sie nur den Erlös des Vermögensschadens darstellen oder weiter gehen. Es gibt Fälle, in denen eine unmittelbare Beziehung zwischen der Haftdauer und der Höhe des Schadens durch entgangenen Verdienst nicht hergestellt werden kann, z. B. bei schweren Gesundheitsschädigungen. Die Namen der Personen, deren Unschuld sich im Lauf eines Verfahrens herausgestellt hat, können seitens der Justizverwaltung nicht veröffentlicht werden.

Anträge zum Einheitsstaat

Berlin, 4. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion hat 3 Anträge zur Förderung des Einheitsstaats eingebracht. In dem ersten Antrag wird das baldmöglichste Verschwinden der zahlreichen in Deutschland vorhandenen Einschlaggebiete (Enklaven) gefordert. Der zweite Antrag ersucht um Einleitung von Verhandlungen der Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium über das Aufheben des preussischen Oberverwaltungsgerichts in ein Reichsverwaltungsgericht und ferner um die Eröffnung von Verhandlungen mit den Regierungen der anderen deutschen Länder mit dem Ziel, deren Zustimmung zum Uebergang der Geschäfte der höchsten Verwaltungsgerichte der Länder auf das Reichsverwaltungsgericht herbeizuführen. Der dritte Antrag verlangt, daß dem Reichstag alsbald die Vorlage einer Reichsstaatsordnung und einer Reichslandgemeindeförderung unterbreitet werde.

Die Nachwahlen in Hamburg

Hamburg, 4. Januar. Die infolge der Entscheidung des Staatsgerichtshofs notwendig gewordene Neuwahl der Bürgerliste (Abgeordnetenhaus) wurde auf 19. Februar festgesetzt. Durch das Hamburger Bürgerturn geht, wie in vielen anderen Städten, die Sehnsucht, die Stadtverwaltung und das Stadtparlament aus dem Dunst der Parteipolitik herauszuheben.

Nachgerade werden alle Fragen, soziale Angelegenheiten, Unterricht und sogar das öffentliche Bauwesen nach politischen Gesichtspunkten je unter dem Einfluß der Parteilichkeit behandelt, sehr zum Schaden des öffentlichen Wohls. Dr. Karl Albrecht fordert zum Zusammenschluß der ganzen bürgerlichen Einwohnerschaft, unabhängig von den politischen Parteien auf. Die Anregung fand vielen Anklang. Innerhalb der führenden Kreise einigte man sich zunächst auf einen Antrag, wonach der Wahlausschuss nur im Einvernehmen mit dem Vorstand Beschlüsse fassen darf und daß ein Versuch gemacht werden soll, eine nichtsozialistische bürgerliche Einheitsliste aufzustellen.

Das Verfahren gegen die Danziger Unteroffiziere in Bolivien

Berlin, 4. Jan. Zu der Meldung, daß in Bolivien gegen drei deutsche Polizeioffiziere, die nach ihrem Ausscheiden aus der Danziger Polizei in bolivische Dienste getreten waren, ein Hochverratsverfahren eröffnet worden sei, erfahren die Blätter, daß die drei Unteroffiziere wegen des Verfalls, in paraguayische Dienste überzutreten, vor ein Kriegsgericht gestellt wurden. Sie werden wahrscheinlich des Landes verwiesen werden.

Der italienische Waffenschmuggel nach Ungarn und die Burgenlandfrage

Wien, 4. Jan. Die von Italien aus betriebene Einfuhr von Maschinengewehren nach Ungarn wird hier sehr ernst genommen, und vielfach glaubt man, daß sie im Zusammenhang stehe mit den in gewissen ungarischen Kreisen in letzter Zeit kundgegebenen Gelüsten auf das österreichische Burgenland, das nordöstliche Grenzlandesland des Bundesstaats Oesterreich. Vor wenigen Tagen machte der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen sogar einen Besuch in einem ungarischen Grenzort gelegentlich einer Gedenkfeier, die eine unverkennbare Spitze gegen Oesterreich hatte. Das österreichische Burgenland wird in Ungarn jetzt schon „Westungarn“ genannt. Dieses Land wird aber von 300 000 Deutschen und nur wenigen tausend Magyaren bewohnt. Auch jenseits des Burgenlands, also im eigentlichen Westungarn, wohnen noch etwa 300 000 Deutsche. Die Stadt Oedenburg kam z. B. seinerzeit durch die Volksabstimmung nur dadurch zu Ungarn, daß die magyarischen Freischärler durch Gewalttätigkeiten die Abstimmung in unerhörter Weise beeinflussten. Trotz dieses Drucks stimmten aber 48 v. H. für Oesterreich. Bundeskanzler Dr. Seipel hat im Nationalrat erklärt, die Burgenlandfrage sei auf Grund bestimmter Versicherungen der ungarischen Regierung endgültig bereinigt. Oesterreich werde niemals auf dieses sein Bundesland verzichten. Trotzdem geben die Umtriebe gewisser Kreise in Ungarn Anlaß zu Besorgnis.

In Budapest wird erklärt, die beanstandete Waffensendung sei laut Frachtbrief für Polen (Warschau) bestimmt gewesen.

Enttäuschung in Frankreich

Paris, 4. Jan. Die Verhandlungen mit Washington über einen neuen Schiedsgerichtsvertrag sind nicht zur Zufriedenheit der französischen Regierung ausgefallen. Schon die Forderung Amerikas, daß dem Vertrag auch andere Mächte beitreten können, hat in Paris mißfallen. Der von Amerika geltend gemachte Vorbehalt für den Fall, daß eine dritte Macht in einen etwaigen amerikanisch-französischen Streit hineingezogen werden sollte, wird in Paris als „unvereinbar mit dem Völkerbundsgedanken“ bezeichnet. Besonders stößt sich Frankreich über daran, daß der amerikanische Senat das Recht haben solle, ergangene schiedsgerichtliche Entscheidungen abzulehnen. Die Blätter sprechen von einem schweren Mißerfolg Briands und Poincarés in Washington.

Der 1908 abgeschlossene französisch-amerikanische Schiedsvertrag läuft am 2. Februar 1928 ab, ähnlich wie der 1914 abgeschlossene englisch-amerikanische Vertrag im Juni d. J. erlöschen wird. Die amerikanische Regierung hatte zuerst den Vorschlag gemacht, den alten Schiedsvertrag mit ganz geringen Änderungen zu erneuern. Die französische Regierung antwortete mit einem weitgehenden Gegenantrag. Danach sollte u. a. die vor dem Krieg gebräuchliche Formel wegbrechen, wonach von schiedsgerichtlicher Behandlung alle die Ehre oder die Lebensinteressen der vertragschließenden Länder betreffenden Fragen ausgeschlossen bleiben sollten. Amerika machte Einschränkungen in neuer Form; Fragen der inneren Politik, oder die eine dritte Macht hereinziehen könnten, oder die den amerikanischen Monroe-Grundsatz betreffen, sollen der Schiedsgerichtsbarkeit nicht unterworfen sein. Auch die „Nutzung des Kriegs“ gestand Amerika nicht zu, weil eine solche Bindung in europäischen Verhältnissen für Amerika gefährlich werden könne.

Württemberg

Stuttgart, 4. Januar

Der neue Wirtschaftspräsident im Wirtschaftsministerium. An Stelle von Ministerialrat Käin, der an die Spitze des



Inventur-Ausverkauf

Trotz besten Qualitäten sind meine

Preise bis **50%** ermäßigt

Mäntel in Übergangsstoffen engl. Art, Velours u. Ottoman, teilsreicher Pelzbes, und gefüttert
Kostüme in engl. Stoffen, gut. Rips-Qualitäten jugdl. Formen, auf K.-Seide gefüttert
Kleider in schönen Wollstoffen, Crêpe de chine, Tanz-Kleider in Taffet, reizende Stücke

zu außergewöhnlichen Preisen:

9.- 19.- 29.-

Mk. usw.



Pforzheim
 Ecke Metzger- u. Blumenstr.
 Das große Spezialhaus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung

Am Erscheinungs-Fest durchgehend geöffnet!

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 4. Jan. 4.187 G., 4.195 B.
 6 v. H. Dt. Reichsanleihe 1927 87.20.

6,5 v. H. Dt. R.-Postanleihe 92.
 Abl.-Rente I 52.55.
 Abl.-Rente ohne Zust. 15.60.
 Franz. Franken 124.02 zu 1 Pfd. St., 25.41 zu 1 Dollar.

Der deutsche Luftverkehr hat im Jahr 1927 starke Fortschritte gemacht. Bis Ende November wurden über 100 000 Reisende und rund 1900 Tonnen Luftgüter befördert und über 9 Millionen Flugkilometer zurückgelegt. Das bedeutet eine Leistungssteigerung von 80 v. H. an Reisenden, etwa 100 v. H. an Luftgütern und 50 v. H. an Flugkilometern.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 4. Jan. Dem Markt waren zugeführt: 4 Ochsen, 7 Bullen, 37 Jungbullen, 37 Jungkinder, 14 Kühe, 115 Kälber, 250 Schweine. Davon blieben unverkauft: 25 Jungbullen, 25 Jungkinder und 30 Schweine. Verkauf des Marktes: schleppend.

Ochsen:	4-1	3-1	Kühe:	4-1	3-1
ausgemästet	—	55-60	hellfärbig	19-28	20-28
vollfärbig	—	47-53	gering gemästet	14-18	14-18
hellfärbig	—	40-45	Kälber:		
Bullen:			erste Maß- und		
ausgemästet	50-62	53-54	beste Saughilber	70-75	70-76
vollfärbig	—	48-51	mit Maß- und		
hellfärbig	—	—	gute Saughilber	62-68	63-69
Kälber:			geringe Kälber	50-60	50-61
ausgemästet	—	60-64	Schweine:		
vollfärbig	50-56	52-58	über 300 Pfd.	45-66	67-68
hellfärbig	—	44-50	240-300 Pfd.	64-65	66-67
gering gemästet	—	—	300-340 Pfd.	61-63	64-66
Kühe:			160-200 Pfd.	59-61	61-63
ausgemästet	—	40-46	120-160 Pfd.	56-58	60-61
vollfärbig	29-37	29-38	unter 120 Pfd.	56-58	60-61
			Gauen	—	46-55

Mun. 3. Jan. Schlachtviehmarkt Zutrieb: 4 Ochsen, 7 Bullen, 20 Kühe, 12 Kälber, 143 Kälber, 196 Schweine. Preise: Ochsen 1. 52-54, Farren 1. 46-50, 2. 40-42, Kühe 1. 32-36, 2. 28-30, Kälber 1. 54-56, 2. 50-52, Kälber 1. 70-74, 2. 64 bis 68, Schweine 1. 58-60, 2. 54-56 .A. Marktverlauf: in allen Gattungen langsam.

Schlachtviehmarkt Heilbronn, 4. Jan. Zufuhr: 46 Jungkinder, 20 Kühe, 71 Kälber, 272 Schweine. Preise: Jungkinder 1. 57 bis 58, 2. 50-53, Kühe 1. 32-38, 2. 27-31, Kälber 1. 74 bis 76, 2. 66-68, Schweine 1. 59-61, 2. 55-57 .A. Marktverlauf: mäßig belebt.

Pforzheim, 3. Jan. Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 6 Ochsen, 12 Kühe, 27 Kälber, 12 Farren, 5 Kälber, 283 Schweine. Preise: Ochsen 1. 57-59, 2. 54-56, Farren 1. 52-55, 2. und 3. 52-50, Kühe 1. und 3. 40-26, Kälber 1. 60-62, 2. 56-58, Schweine 1. 63-65, 2. 62-64, 3. 59-61 .A. Marktverlauf: Großvieh langsam. Schweine mittelmäßig.

Pferdemarkt. Zutrieb: 129 Pferde, darunter 2 Fohlen. Es folgten: Schlachtpferde 50-100, leichte Pferde 200-500, mittlere 600-1000, schwere Arbeitspferde 1100-1600 .A.

Viehpreise. Kalen: Ochsen 615-750, Stiere 390-610, Farren 290-600, Kühe 200-320, Kälber und Jungvieh 170-550, Kälber 70-100. — Bradenheim: Kühe 300-650, Kälberinnen 500-700, Kälber und Jungvieh 235-330. — Kirchheim u. L.: Farren 420 bis 1010, Ochsen und Stiere 410-920, Kühe 260-850, Kälber 450-950, Schmalvieh 210-480. — Ehingen a. D.: Farren 500 bis 700, Kälber 650-680, Kühe 350-420, Jungvieh 240-325. — Hechingen: Viertel- bis halbjährige Kälber 150-220, halb- bis einjährige 220-340, trächtige Kälberinnen und Kühe 450-700, Berufstühe 200-300 .A. das Stück.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 13-23. — Kirchheim unter Teck: Milchschweine 16-25, Käufer 35-55. — Bessingen: Milchschweine 15-20, Käufer 45. — Hall: Milchschweine 12 bis 22. — Hohenheim: Milchschweine 15-25. — Tuttlingen: Milchschweine 12-18. — Buchau a. F.: Ferkel 15-20. — Ehingen: Ferkel 12-20, Käufer 25-35, Mutterchweine 110-140. — Hechingen: Milchschweine 15-26. — Horb a. N.: Milchschweine 15 bis 25. — Oberkochen: Milchschweine 12-24. — Oberstfeld: Milchschweine 15-22 .A. d. Stück.

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 14.80, Haber 11-11.20 .A. — Heidenheim: Kernen 13.50, Weizen 12.75, Gerste 12.80, Haber 9.80. — Nördlingen: Weizen 12.80-13, Roggen 13.20-14, Gerste 13.50-13.80, Haber 10.50-10.80, Bohnen 10.50. — Tuttlingen: Weizen 15-16, Haber 11. — Urach: Dinkel 10.50, Gerste 13.50 bis 14, Hafer 11.50-11.70, Weizen 14 .A. d. Str.

Württ. Holzverkaufserlöse. Aus Gemeindeforesten usw. wurden in voriger Woche für Nadelstammholz in Prozenten der neuen Landesgrundpreise Erlöse: von der Stadtpflege Gmünd für 325 Pfd. 137 v. H.; von der Hospitalkolonie dortselbst für 89 Pfd. 138 v. H. und von der kathol. Kirchen- und Schulpflege da-

selbst für 216 Pfd. 136 v. H. (wegen ungenügenden Angebots wurden 172 Pfd. nicht zugelassen); von der Pfarrstelle Seelbach, Dt. Buchau, für 138 Pfd. Nichtenstammholz 121 v. H.; von der Gemeinde Erlingen, Dt. Nördlingen, für 220 Pfd. Nichtenstammholz 127,6 v. H.; von der Gemeinde Zimmern, Dt. Rottweil, für 132 Pfd. Nichten- und Tannenstammholz 122 v. H.; von der Gemeinde Calmbach für 178 Pfd. Nadelholz, Lang- und Sägholz, 145 v. H.

Stand der wichtigeren Tierseuchen in Württemberg. Am 31. Dezember 1927 war der Milzbrand in einem Oberamt mit einer Gemeinde und einem Gehöft, die Maul- und Klauenseuche in neun Oberämtern mit 27 Gemeinden und 51 Gehöften, die Räube der Schafe in zwei Oberämtern mit zwei Gemeinden und zwei Gehöften, die Schweineseuche in einem Oberamt mit einer Gemeinde und einem Gehöft verbreitet. Ferner traten auf die Kopfräude der Pferde in neun Oberämtern mit 11 Gemeinden und 11 Gehöften, die ansteckende Blutarmut der Pferde in 16 Oberämtern mit 27 Gemeinden und 28 Gehöften, sowie die Geflügelcholera in einem Oberamt mit einer Gemeinde und einem Gehöft.

Das Wetter

Während sich die nördliche Depression nordostwärts begibt, ist im Westen neuer Hochdruck aufgezogen, während im Osten der alte Hochdruck fortbesteht. Westliche Luftströmungen haben die Temperatur zum Steigen gebracht. Für Freitag und Samstag ist mehrfach bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

In Berlin ist am 3. Januar bei 0 Grad leichter Schneefall eingetreten.

Ev. Gottesdienst. Erscheinungsfest — 6. Januar. 9^{1/2} Uhr Predigt, Stadtpfarrer Dr. Federlin. — 5 Uhr Abendgottesdienst, Stadtvicar Vorster. — Opfer für die Basler Mission.

Kath. Gottesdienst. Freitag, 6. Januar — Fest der Erscheinung Christi. 7^{1/4} Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt vor ausgeföhrem Allerheiligsten. — 2 Uhr Krippengottesdienst mit Opfergang. — Beichte: Donnerstag nachmittag von 5 Uhr an, Feiertag in der Frühe. — Kommunion: Feiertag bei der Frühmesse.

Ihr Kind hustet nicht mehr!

verwenden Sie rechtzeitig Fenchelhonig, Spitzwegerichsaft, schwarzen Johannisbeersaft, hustenstillende und schleimlösende Arzneikräuter der

Eberhard-Drogerie, Inh. Apotheker Plappert.

Einladung

des

ev. Jünglingsvereins Wildbad.

Weihnachts-Feier

in der städt. Turn- und Festhalle in Wildbad am 6. Januar (Erscheinungsfest) 8 Uhr.

Alle Angehörigen unserer Mitglieder und die Freunde unserer Sache werden hiezu herzlich eingeladen.

Für die Gabeverlosung gültig zugegebene Spenden nehmen die Mitglieder und Herr Hieber gerne mit Dank entgegen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verein.

Am Samstag den 7. Januar 1928, abends 7 Uhr, findet im „Ratskeller“ (Nebenzimmer) die

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Ausschuß.

Achtung! Vorteilhafteste Bezugsquelle Achtung!

für Hotels, Pensionen und Private in neuen und gebrauchten Möbeln, Betten sowie sämtlichen Einrichtungsgegenständen ist die

Centrale H. Schöttle in Pforzheim

Tel. 2165 Dillsteinerstr. 18 Tel. 2165

Gleichzeitig empfehle mich für Vermittlungen, Versteigerungen, Beobachtungen, Freihandverkäufe usw. Ältestes Geschäft am Platze.

Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Wildbad e. V.

Die Mitglieder des Vereins werden von der am 7. und 8. Januar 1928 in Schömberg stattfindende

Bezirks-Ausstellung

geziemend in Kenntnis gesetzt. Fahrgelegenheit mit dem vom Verein gestellten Auto am 8. Januar: Abfahrt mittags punkt 1.30 Uhr beim Bahnhof, Rückkunft abends 7 Uhr.

Das Auto zur Einlieferung der Tiere fährt am 6. Januar, nachmittags pünktlich 3.30 Uhr beim Bahnhofshotel weg, worauf die Aussteller aufmerksam gemacht werden.

Es bleibt dabei, ich biete die größte Auswahl!

in:

Kleiderstoffen	Wolle, Seide, Samt
Mantelstoffen	Wolle, Seide, Plüsch
Skistoffen	Kammgarn, Melton, Trikot
Woldecken	Kamelhaardecken

Größtes Stoffspezialhaus

SOMMER

Westliche
Karlsruhe-Friedrichstr. 27

PFORZHEIM

gegenüber
dem Schauspielhaus

Teppiche — Läufer
 ohne Anz. in 10 Monatsraten lfd.
 Teppichhaus Agay & Gildek,
 Frankfurt a. M. 181
 Schreiben Sie sofort!

Auslandsdeutscher
 erteilt in Wildbad und Umg.
 gründlichsten Unterricht in
Englisch und Französisch
 Anmeldungen zu richten an
Geißler, Nagold,
 Neustraße 18.

Pfannkuch

Sonder-Angebot

Schönes bayerisches

Rauchfleisch

ohne Rippen
Pfund **1.60**

Selbst eingeschnittenes

Gauerkraut

Pfd. **13** Pfg.

Neue

Linsen Erbsen Bohnen

in aufkochenden Qualitäten

Bayer. Dellkateh.

Mettwurstchen

etwa 60 gr schwer
Stück **20**

5% Rabatt

Pfannkuch

Begräbnis-Verein.
 Monat Dezember:
 † Kind des Mich. Bengert,
 Beitrag 10 G.
 Gesamtbeitrag für 1927:
 M. 6.10.